Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 17 / 12 700
Kleine Anfrage

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Oliver Höfinghoff (PIRATEN)

vom 30. September 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. Oktober 2013) und **Antwort**

Übertriebener Polizeieinsatz bei der Demonstration „Keine Profite mit der Miete“ – Einschüchterungstaktik statt Schutz von Grundrechten?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Einsatzkräfte der Berliner Polizei waren am 28. September 2013 im Zuge der Demonstration „Keine Profite mit der Miete“ eingesetzt?

Zu 1.: Im Rahmen des Einsatzes bei der oben genannten Versammlung wurden ca. 225 Dienstkräfte der Polizei Berlin eingesetzt.

2. Waren Kräfte aus anderen Bundesländern und/oder der Bundespolizei eingesetzt? Wenn ja, wie viele?

Zu 2.: Ja. Es wurden 84 Dienstkräfte der Bundespolizei und neun Dienstkräfte der Polizei des Landes Brandenburg eingesetzt.

3. Waren Diensthunde der Berliner Polizei und/oder Diensthunde von Kräften anderer Bundesländer eingesetzt? Wenn ja, wie viele und aus welchem Grund?

Zu 3.: Es wurden vier Dienstkräfte mit Diensthunden der Polizei Berlin für Maßnahmen des Objektschutzes eingesetzt.

4. Waren Wasserwerfer und/oder Räumfahrzeuge eingesetzt? Wenn ja, wie viele und kamen diese zum Einsatz?

Zu 4.: Nein. Diese Einsatzmittel wurden nicht eingesetzt.

5. Kam es im Zuge der Demonstration zu Ingewahrsamnahmen? Wenn ja, zu wie vielen und aus welchem Grund?

Zu 5.: Nein. Es gab keine Ingewahrsamnahmen im Zusammenhang mit der oben genannten Versammlung.

6. Waren Kräfte in Zivil im Einsatz? Wenn ja, bewegten diese sich auch innerhalb der Demonstration und auf welcher Rechtsgrundlage geschah dies?

Zu 6.: Ja. Es waren Dienstkräfte in bürgerlicher Kleidung im Einsatz, die jedoch nicht innerhalb des Aufzuges agierten.

7. Wurden Übersichtsaufnahmen der Demonstration angefertigt?

Zu 7.: Nein, dies war nicht der Fall.

8. Mit welcher Begründung fand der massive Polizeieinsatz im Zuge der friedlich verlaufenen Demonstration statt?

Zu 8.: Die Gesamtzahl der eingesetzten Kräfte orientierte sich an einer im Planungs- und Entscheidungsprozess erfolgten Beurteilung der Lage unter Berücksichtigung der im zeitlichen und räumlichen Umfeld angemeldeten Versammlung „Lärmdemo“ , der Versammlung „Keine Profite mit der Miete“ und einer Versammlung zur Situation der Kurden in Syrien „Solidarität mit Rojava“.

In Bezug auf die erwarteten Teilnehmerzahlen zu den drei Versammlungen, die Versammlungsthemen, die erforderlichen Verkehrsmaßnahmen sowie die angemeldeten Aufzugsstrecken erfolgte ein abgestufter Kräfteeinsatz.

9. Fanden im Vorfeld der Demonstration so genannte Gefährderansprachen statt? Wenn ja, wie viele und mit welcher Begründung?

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Zu 9.: Nein. Gefährderansprachen wurden nicht durchgeführt.

10. Fand im Vorfeld der Demonstration eine Kooperation der Berliner Polizei mit dem Landesamt für Verfassungsschutz statt? Wenn ja, zu welchem Zweck und mit welchem Ergebnis?

Zu 10.: Die Polizei Berlin und die Abteilung II der Senatsverwaltung für Inneres und Sport kooperieren im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Anlass- oder ermittlungsbezogen findet ein Austausch von Informationen darüber statt, ob Erkenntnisse über geplante Störungen von Versammlungen vorliegen.

11. Wie beurteilt der Senat das massive Polizeiaufgebot im Zuge einer friedlichen Demonstration und die damit verbundenen Kosten für die Steuerzahler*innen?

Zu 11.: Das Polizeiaufgebot stand nicht außer Verhältnis zur Friedlichkeit und zur von den Veranstaltern angegebenen Zahl von insgesamt 2000 teilnehmenden Personen.

Ausgaben für Polizeieinsätze sind grundsätzlich durch die im Haushaltsplan von Berlin für die Polizei eingestellten Haushaltsmittel gedeckt und werden deshalb nicht gesondert erhoben. Eine detaillierte Antwort zu dieser Frage ist deshalb mit einem vertretbaren Arbeits- und Zeitaufwand nicht möglich.

Berlin, den 05. November 2013

Frank Henkel
Senator für Inneres und Sport

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Nov. 2013)